

# PR-Kampagne oder politische Debatte?

## Einige Schimären der französischen Hochschulreform

Valérie Robert\*



Frankreichs Hochschulen haben 2009 einen von linken und konservativen Gewerkschaften angeregten monatelangen Streik erlebt, an welchem sich die meisten Hochschuldozenten beteiligten und dies sogar an juristischen Fakultäten – ein geschichtliches Unikum.

### Vous avez dit « autonomie » ?

Les réformes de l'université en France s'accompagnent d'une campagne médiatique qui vise à faire passer pour une amélioration radicale ce qui s'avère être surtout une réduction de l'autonomie scientifique et politique d'établissements qui, tout en restant sous-financés, se voient contraints de jouer le jeu de la compétition internationale au détriment de la qualité de la recherche et de l'enseignement.

La mobilisation des enseignants-chercheurs, après la longue grève de 2009, se poursuit sous différentes formes, en particulier celle de l'action juridique.

Réd.

Ein Jahr später brodelt es weiterhin, zum Teil auf juristischem Terrain. Gegen Teile des Autonomiegesetzes sowie gegen die Verordnung zum Berufungsverfahren läuft eine Klage wegen Verfassungswidrigkeit, die der *Conseil d'Etat* durchgewunken hat. Dieser wurde auch gegen die Durchführung der sogenannten *Masterisation* (Reform der Lehrerausbildung) angerufen.

Über die Streiks haben die französischen und ausländischen Medien ausführlich berichtet, jedoch blieben die Ursachen des Protestes weitgehend unverständlich. Würde nicht von der Minis-

terin Valérie Pécresse ein „*neues goldenes Zeitalter für die Forschung*“ angekündigt, sowie eine unerhörte Finanzspritze? Geldregen und „*Modernisierung*“ einerseits, Undankbarkeit und Hohn einer Handvoll linker Profiprotestler andererseits: so sieht das von der Regierung propagierte Bild aus. Es wurde die ganze Medienmaschinerie in Gang gesetzt, um die Hochschulreform, laut Präsident Sarkozy die „*wichtigste seines Mandats*“, als den einzig „*gangbaren Weg*“ darzustellen. Schon Anzahl und Kompliziertheit der verschiedenen Maßnahmen machen es schwierig, sich einen Überblick zu verschaffen; jede Woche werden neue Regelungen in alle Welt hinausposaunt. Um es mit dem Chemiker Henri Audier zu sagen: die „*Vuvuzelas der Valérie Pécresse*“ produzieren einen permanenten Lärm, der jede andere Stimme unvernnehmbar macht und eine kritische Berichterstattung erschwert.

Auch die politische Debatte wurde weitgehend ausgeschaltet: Seit das Autonomiegesetz mit verdächtiger Eile Mitte August 2007 verabschiedet wurde, wurde keine der darauffolgenden Reformen einer Diskussion im Parlament unterzogen. Dem zieht die Regierung die Gesetzgebung durch Verordnungen, also durch exekutives Recht, vor, ohne wirkliches Mitspracherecht der Betroffenen und begleitet von großspurigen Mitteilungen, es gehe stets um eine Verbesserung der Lage von Hochschulen und Forschung in Frankreich.

\* Dr. Valérie Robert ist Germanistikdozentin an der *Université Paris 3 – Sorbonne Nouvelle*, Mitglied des Hochschulrats, Leiterin (mit Prof. Dr. Jürgen Ritte) des Masterstudiengangs für deutsch-französischen Journalismus und Medienbeauftragte des Verbands *Sauvons l'Université*.

## Einige vergessene Zahlen

Dazu werden einige Thesen und Zahlen *ad libitum* wiederholt, die schon an sich zu hinterfragen sind, bevor man sich überhaupt erst mit den angeblich daraus zu ziehenden Schlüssen befasst. Eckstein des Diskurses ist die (doch immer härter kritisierte) Ranking-Liste der *Shanghai University*.

Ziel der Reformen soll es sein, dass Frankreich im internationalen Vergleich besser abschneidet. Warum man auf die internationale Sichtbarkeit der Forschung als Kriterium setzt und dabei die Leistungen der Studenten außer Acht lässt, wird gar nicht erst thematisiert. Es wird nur auf den erst 40. Platz der ersten französischen Universität hingewiesen und dabei der fünfte Platz Frankreichs auf der Länderliste und damit ein gutes Abschneiden (vorausgesetzt, man fände die benutzten Kriterien sinnvoll) verschwiegen.

Im Januar 2009 behauptete Nicolas Sarkozy, die französischen Forscher würden viel weniger als ihre ausländischen Kollegen veröffentlichen, und nur deshalb in ihren Labors rumhängen, weil da Licht und Heizung seien. Damit solle nun Schluss sein. Abgesehen von der gewohnten verbalen Entgleisung, war der Präsident schlecht informiert. Gemessen an der Anzahl von Publikationen nahm Frankreich 2008 den 6. Platz im internationalen Vergleich ein, wobei es erst auf dem 16. Platz landete, was die Finanzierung der Forschung pro Einwohner betrifft. Es sollte also eher vom guten Abschneiden französischer Forscher bei knapper Finanzierung die Rede sein, was aber zu völlig anderen Schlussfolgerungen führen würde. Dies wiederum lässt den Verdacht aufkeimen, es würden partielle bzw. falsche Zahlen zu einem Problem hochgeredet, um eine schon beschlossene Reform zu rechtfertigen. Dabei machen gerade die aufgezwungenen Lösungen die wirklichen Probleme noch schlimmer (und dass es manche gibt, wird keiner bestreiten, der an einer Hochschule arbeitet).

Die wirklich nötige Debatte wird verhindert, obwohl es doch um grundsätzliche, politische Fragen geht: Was ist eine Universität? Was ist die soziale Funktion ihrer Akteure? Wie soll sie finanziert und verwaltet werden?

## Wörter als Waffen

Darauf wird heutzutage mit einem maßgeblich von der OECD geprägten und seit dem Lissabon Gipfel 2000 in Europa übernommenen Katalog an (Zauber?)formeln geantwortet: Exzellenz, Evaluation, Ranking, internationaler Hochschulmarkt, *Governance* und *New Public Management*.

In diesem Diskurs der Wettbewerbsfähigkeit verdeckt die scheinbare sachliche Objektivität der Indikatoren, dass es sich um eine ideologische Doxa handelt, die weitgehend der Diskussion entzogen wird. Entsprechend lauten die französischen Parolen: *liberté, responsabilité, autonomie, évaluation, gouvernance*. Dass sie auf Widerstand stoßen, ist nicht nur als typisch französisches, „asterixhaftes“ Festhalten an nationalen Spezifitäten zu deuten.

Im März 2010 kam es zu einem europäischen Gegengipfel in Brüssel, was zeigte, dass die Reformen auch anderswo nicht unbedingt akzeptiert werden, auch wenn unmittelbare Gründe und Temporalität des jeweiligen Protestes andere sind. Dass es in Frankreich zu einer besonders heftigen Reaktion gekommen ist, hat einerseits mit der Wucht der Diffamierungskampagne gegen Hochschuldozenten zu tun, andererseits mit dem immer deutlicher zu erkennenden Prozess der Liquidierung akademischer Freiheiten.

In Frankreich wird nämlich viel radikaler als in anderen Ländern vorgegangen, mit einer an reine Propaganda grenzenden Umkehrung der Begriffe, welche wiederum die Protestbewegung schwer verständlich macht. Es lohnt sich, einen Blick auf den wirklichen, praktischen Inhalt jener Wörter zu werfen, mit denen die Regierung unaufhörlich hantiert und jeglichen Gegner als verantwortungslosen Feind der Freiheit erscheinen lässt.

*Loi relative aux libertés et responsabilités des universités*, auch Autonomiegesetz genannt, hieß die erste Reform aus dem Jahre 2007. Dass Freiheit hier im Plural steht, gibt dem Begriff nicht mehr, sondern weniger Inhalt: es werden lediglich einige Freiheiten definiert, und eine Bekräftigung der Unantastbarkeit akademischer Freiheit gehört nicht dazu.

## Autonomie vs. Unterwerfung

Der polyseme Begriff Autonomie kann im Hochschulbereich laut der Wirtschaftsprofessorin Annie Vinokur zweierlei bezeichnen: 1. die Autonomie der Akademiker (u. a. eine kollegiale Selbstverwaltung), und 2. die Haushaltsautonomie. Letztere hat in Frankreich Grenzen: die Hochschulen sollen im internationalen Wettbewerb punkten, ohne auf die Mittel der Konkurrenz zurückgreifen zu dürfen (dass das Ziel an sich als fragwürdig angesehen werden kann, wurde schon erwähnt). Es wurde den Hochschulen freilich die „Freiheit“ eingeräumt, andere Einkommensquellen zu finden; es fragt sich nur, welche. Die Akkreditierung der Studiengänge und akademischen Grade bleibt dem Staat vorenthalten; es darf nach wie vor keine Auswahl der Studenten und auch keine Studiengebührenerhöhung stattfinden. Eine wirkliche Haushaltsautonomie ist es also nicht.

Dem Managementmodell steht die tradierte kollegiale Selbstverwaltung im Wege, so dass auch eine radikale Einschränkung der akademischen Autonomie organisiert wurde. Zum Beispiel werden jene Hochschulrektoren, welche die ihnen vom Ministerium gesteckten Ziele erfüllen, durch eine um 20 bis 50 % höhere Prämie belohnt. Dadurch wird das Prinzip der politischen Vertretung allmählich ausgehöhlt. Hochschulrektoren werden zwar weiterhin vom gewählten Hochschulrat gewählt (in welchem seit 2007 durch ein neues Wahlverfahren jede wirkliche Opposition unmöglich ist), sind aber immer weniger vor ihren Kollegen und Wählern verantwortlich. Ihr Auftraggeber wird immer mehr das

Ministerium. Die externen Mitglieder im Hochschulrat, die bislang vom Rat selbst hereingewählt wurden, sollen demnächst von einer auswärtigen, von der Regierung ernannten Kommission ernannt werden. Die Mitglieder der Finanzierungs- und Evaluierungsagenturen ANR und AERES, welche immerhin über die Zukunft von Forschung und Lehre entscheiden, werden von der Regierung ernannt und nicht von ihren Kollegen gewählt. Auch beim Berufungsverfahren



Die Sorbonne

ist eine reduzierte wissenschaftliche Autonomie der Hochschuldozenten festzustellen: Die Mitglieder jeder Berufungskommission werden fortan vom Rektor ernannt, der Hochschulrat darf die Empfehlungen der Kommission nicht beachten und Kandidaten berufen, die er nicht gehört hat und deren Fachbereich im Rat nicht vertreten ist. Der Rektor verfügt auch über ein Vetorecht. Vieles deutet darauf hin, dass sich dadurch entgegen allen offiziellen Bekundungen eine Blütezeit für lokale Berufungen und Klientelismus anbahnt.

Die Kontrolle durch den Staat hat zugenommen, er regelt Angelegenheiten, für welche er weder kompetent noch zuständig ist, so dass das heutige System ab und zu mit der sowjetischen Akademie der Wissenschaften verglichen wird.

Frankreich hat als einziges Land die kollegiale Verwaltung so sehr eingeschränkt; die neuen Leitungsstrukturen mit ihrem „Hyperpräsidenten“ weisen verblüffende Ähnlichkeiten mit dem politischen Leben auf nationaler Ebene auf. Darauf haben sich bei den Demonstrationen viele Transparente bezogen: manche sprachen von einer „Gegenreform“ und andere zeigten Sarkozy als Ludwig XIV. mit der Sprechblase „*La science, c'est moi*“.

## Schlechte Forscher lehren mehr

Auch bei der angeblich beachtlichen Finanzspritze trägt der Schein: Die seit Jahrzehnten unterfinanzierten Hochschulen sind in einem so schlechten Zustand, dass sie zuerst die staatlichen Versäumnisse werden nachholen müssen. Beim viel gepriesenen *Plan Campus* wird das Geld hauptsächlich der Sanierung von Gebäuden dienen, und nicht einmal derjenigen, die das am dringendsten nötig haben. Beim Versuch, einer „Flucht der Gehirne“ (die es zahlenmäßig so gar nicht gibt) ein Ende zu setzen, wurden insgesamt 25 befristete Stellen angeboten. Auch der *crédit d'impôt recherche*, eine Steuerermäßigung für forschungstreibende Unternehmen, laut Nicolas Sarkozy „das weltweit ambitionierteste Dispositiv zugunsten der Forschung“, erwies sich als Geldverschwendung, was selbst eine Kommission der *Assemblée Nationale* feststellen musste. Dabei wird dieses Dispositiv aber auf Kosten der öffentlichen Forschungseinrichtungen finanziert.

Durch die Autonomie sind neue Kosten entstanden, deren ganzes Ausmaß erst allmählich sichtbar wird. Neben einem gesteigerten Verwaltungsaufwand werden jene Hochschulen, welche die Möglichkeit des Übertragens des Eigentums an Immobilien nicht nutzen (und wer möchte wohl Eigentümer maroder Gebäude werden?), dem Staat eine Miete zahlen müssen – zum Marktpreis. Womit das beglichen werden soll, wo mancherorts schon die Heizungskosten nicht mehr bezahlt werden können, ist ein Rätsel. Auch die Wettbewerbsfähigkeit – Imagebranding, Werbung, Marketing – hat ihren Preis: an amerikanischen Hochschulen macht das schon 47 % der Gesamtkosten aus.

In Wirklichkeit kommt den eigentlichen Aufgaben von Hochschulen, Lehre und Forschung, immer weniger Geld zu (dabei werden die *classes préparatoires*, das Parallelsystem für ausgewählte Elitestudenten, doppelt soviel finanziert). Wie lässt sich da eine Verbesserung erreichen? „Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen“ lautete eine der Wahlparolen Sarkozys; bei den Hochschulen wird es eher, dank einer Verordnung zum Statut der Dozenten, „Mehr arbeiten, aber für dasselbe Gehalt“. Die Hochschulrektoren können nun

je nach Evaluierung der Forschungstätigkeit die jeweilige Lehrverpflichtung erhöhen. Die Lehre als Strafe für die „schlechten“ Forscher: eine solche Verachtung gegenüber Dozenten und Studenten ist einmalig. Es geht eigentlich darum, die meisten Dozenten doppelt soviel wie jetzt unterrichten zu lassen. So werden viele Dozenten und ganze Universitäten von jedweder Forschungstätigkeit ausgeschlossen. Gerade dies steckt hinter dem Entstehen einiger sogenannter „forschungsstarker“ Hochschulgruppierungen.

Dabei wird an der Verbindung von Forschung und Lehre, also an dem Grundpfeiler der Universität, gerüttelt. Der Hebel liegt in den Evaluierungskriterien. Schon letztes Jahr wurden Dozenten aufgrund einer quantitativen Evaluation benotet; da dem Ministerium aber zu viele A-Noten gemeldet wurden, wurden die Kategorien verändert und durch Zahlenmanipulation eine Mehrheit an „schlechten“ Forschern erfunden. Es liegt der Verdacht nahe, die Evaluierung habe zur Funktion, manche Forschungsweige verschwinden zu lassen, so dass schließlich nur noch unmittelbar anwendbare Forschung finanziert wird, und Grundlagenforschung, sollte sie noch weiter bestehen, stärker wirtschaftlich und politisch kontrolliert wird.

## Zur Verantwortlichkeit von Hochschulen

2009 wurde häufig von einer „korporatistischen“ Haltung des Hochschulpersonals gesprochen. In der Tat hat es sich als weitgehend konservativ erwiesen; vielleicht liegt aber heute das Moderne gerade im Konservatismus, im Versuch, das akademische Feld als ein wirklich autonomes zu bewahren, dessen Regeln von seinen Akteuren kollektiv erarbeitet und akzeptiert würden. Es ging schließlich auch um die Selbstdefinition einer Berufsgruppe, und oft wurden die Worte der Harvard-Rektorin Drew Gilpin Faust zitiert: „Hochschulen sind in der Tat verantwortlich. Aber wir im Hochschulwesen müssen beim Definieren dessen, wofür wir verantwortlich sind, die Initiative ergreifen. Das Wesen einer Hochschule ist, dass sie einzig gegenüber Vergangenheit und Zukunft verantwortlich ist – nicht bloß und nicht primär gegenüber der Gegenwart.“